

Medienmitteilung

BDP lehnt Cleantech-Initiative einstimmig ab

Gut gemeint, aber zu ambitiös und unrealistisch

Die Fraktion der Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP lehnt die Cleantech-Initiative geschlossen ab. Diese zielt zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, die Ziele sind aber zu hoch gesteckt und nicht realistisch. Für die BDP führt der Weg nach wie vor über die Energiestrategie 2050.

Die Cleantech-Initiative will bis 2030 fünfzig Prozent der gesamten Energie aus erneuerbaren Quellen fördern. Die Initiative ist aber so formuliert, dass nicht nur der Strom, sondern die gesamte Energie (Brennstoffe, Treibstoffe usw.) dazugehören und das ist in den Augen der BDP nicht umsetzbar. Würde sich die Initiative nur auf den Strom reduzieren, wäre die Forderung in diesem Punkt eigentlich schon erfüllt. Die Schweiz liegt dank der Wasserkraft bereits heute bei 66 Prozent erneuerbarer Energiequellen.

Erfüllt sind auch die Vorschriften für Anlagen, Fahrzeuge etc. Diese Forderung wurden mit der letzten Revision des Energiegesetzes im Jahre 2012 umgesetzt. Auch bei den Fördermechanismen ist die Schweiz bereits auf einem sehr gutem Weg.

Der wesentliche und nicht umsetzbare Punkt für die BDP sind und bleiben aber die 50 Prozent bis 2030. Dieses Ziel kann die Schweiz beim besten Willen nicht erreichen. Es sei denn, es werden wichtige Faktoren, wie z.B. die Wirtschaftlichkeit und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, ausgeblendet. Diese aufs Spiel zu setzen, ist die BDP aber nicht bereit.

Deshalb setzt die BDP auf den eingeschlagenen Weg, nämlich auf die Energiestrategie 2050. Daran muss jetzt gearbeitet werden. Auch dieses Projekt ist ambitiös. Aber die BDP ist nach wie vor überzeugt, dass das Ziel, wenn alle am gleichen Strick ziehen, erreicht werden kann.

Am Donnerstag wird im Nationalrat die Parlamentarische Initiative der UREK-N ([12.400](#)) behandelt, die von Nationalrat Hans Grunder entscheidend mitgeprägt worden ist. Die BDP wird sich dafür einsetzen, dass diese angenommen wird und damit der Initiative ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden kann.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hansjörg Hassler, 079 438 50 53

12.03.2013